



Europäischer Gewerkschaftsverband für den
öffentlichen Dienst (EGÖD)
Rue Royale, 45
B – 1000 Brüssel
BELGIEN
Tel.: 32 2 250 10 80 – Fax: 32 2 250 10 99
E-Mail: epsu@epsu.org - Website: www.epsu.org

Erklärung des EGÖD-Exekutiv Ausschusses über eine soziale europäische Union

Angenommen vom EGÖD-Exekutiv Ausschuss am 7. Juni 2005

Zehn EU-Mitgliedstaaten haben den EU-Verfassungsvertrag ratifiziert, während die Bürger und Bürgerinnen Frankreichs und der Niederlande den Verfassungsvertrag in einem Referendum abgelehnt haben.

Auf der Sitzung des EGÖD-Exekutiv Ausschusses am 7. Juni 2005 in Brüssel sind die Mitglieder zu der Überzeugung gekommen, dass die zunehmende Unzufriedenheit der europäischen BürgerInnen mit der europäischen Integration in erster Linie auf zwei Faktoren zurückzuführen sind:

1. Die kollektive Ablehnung der Übernahme von Verantwortung der EU-MinisterInnen für Entscheidungsprozesse.
 2. Die extrem neoliberale Ausrichtung der gegenwärtigen Kommission, die zudem von zahlreichen Regierungen der Mitgliedstaaten unterstützt wird.
-
1. Die zunehmend neoliberale Ausrichtung der Politik hat sich zu lange unbeachtet auf den Ministerratsitzungen vollzogen. Die VertreterInnen der nationalen Regierungen haben die am „ökonomischen Primat“ ausgerichteten programmatischen Ziele der Kommission auf Kosten einer Entwicklung unterstützt, die auch Sozial- und Umweltaspekte berücksichtigen würde. **Die MinisterInnen haben diesen Weg aber unter dem Schutz der Anonymität eingeschlagen.** Der nationale politische Diskurs pflegt eine „Brüssel ist Schuld“-Kultur, oftmals mit genau denjenigen MinisterInnen als Wortführer, die für diese Entscheidungen verantwortlich waren. **Die Leichtigkeit, mit der die MinisterInnen sich der Verantwortung für ihre eigenen Entscheidungen entziehen konnten, hat bei den BürgerInnen zu einem tiefen „Eurozynismus“ geführt.** Der durch die Hintertür kommende Neoliberalismus wird weiterhin verschärft durch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs, der die Marktregulierung in einem politischen Vakuum beständig erweitert.
 2. Die **derzeitige Kommission** fördert eine extrem **neoliberale politische Ausrichtung**, wird darin aber auch von den Regierungen der Mitgliedstaaten unterstützt. Beispiele:
 - Die Dienstleistungsrichtlinie, die Sozial- und Lohndumping Tür und Tor öffnet;
 - Der Vorschlag zur Änderung der Arbeitszeitrichtlinie schafft die generelle Möglichkeit für ein Opt-Out und legalisiert auf diese Weise die Pflicht der Beschäftigten, ohne Bezahlung am Arbeitsplatz zu bleiben. Auf diese Weise werden Arbeitsschutz- und Kollektivvereinbarungen untergraben;
 - Eine Lissabonner Strategie, die den Wettbewerb und den Binnenmarkt zum Schaden der Pfeiler Sozial- und Umweltpolitik in den Mittelpunkt stellt;
 - Eine sozialpolitische Agenda der Kommission ohne jeden substanziellen rechtsetzenden Inhalt;
 - Eine allgemeine Politik rücksichtsloser Wirtschaftsgesetzgebung, die „weichen“ sozialpolitischen Instrumenten keine Chance lässt.

„Eine Erweiterung der Europäischen Union kann nicht allein nach den Prinzipien des Binnenmarktes erfolgen“.

Der EGÖD-Exekutivausschuss wiederholt seine tiefe Überzeugung, dass die zukünftige Erweiterung der Europäischen Union nicht allein nach den Prinzipien des Binnenmarktes erfolgen kann. Die Europäische Union muss als soziale, politische und wirtschaftliche Union entwickelt werden.

Die Ablehnung des Verfassungsentwurfs muss als politisches und gesellschaftliches Signal an Europa und die nationalen EntscheiderInnen gesehen werden, den Aufbau der Europäischen Union an den Grundsätzen Aufwärtsharmonisierung, effiziente und leistungsfähige öffentliche Dienste und systematische Beteiligung der Gewerkschaften und Sozialpartner neu auszurichten.

Eine aktive Beschäftigungspolitik muss unbedingt zu Investitionen in öffentliche Dienste und Infrastrukturen führen, z. B. Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen und Verkehrswirtschaft. Das erfordert ebenfalls Schritte zur Vermeidung des Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten und den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug innerhalb der EU. Eine sozial ausgewogene Europäische Union ist eine unverzichtbare Voraussetzung, um gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung anzugehen.

Die Abstimmungsergebnisse vom 29. Mai und vom 1. Juni müssen die europäischen und nationalen PolitikerInnen veranlassen, Verantwortung für ihre Aktionen zu übernehmen, Rechenschaft abzugeben und den engen Zusammenhang zwischen europäischen Beschlüssen und einzelstaatlichen Folgen zu akzeptieren. Die Europäische Union muss den sozialen Fortschritt zu ihrem Ziel machen. Nur dann wird sie von den europäischen ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen legitimiert.